

A N F R A G E von Peter Anderegg (SP, Dübendorf) und Rita Bernoulli (FDP, Dübendorf)

betreffend Höchstgeschwindigkeit und bauliche Massnahmen auf Staatsstrassen, im
Besonderen der Überlandstrasse in Dübendorf

Die Überlandstrasse ist auf dem Gemeindegebiet Dübendorf an der östlichen und westlichen Peripherie auf jeweils einige hundert Meter mit einer Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h befahrbar. Im westlichen Industriegebiet wurden bei den Ein- und Ausfahrten trotz regem, querendem Langsamverkehr Fussgänger- und Fahrradübergänge entfernt. Grossüberbauungen mit Wohn- und Arbeitsplätzen sind im Entstehen. Im östlichen Gemeindegebiet liegt der Dübendorfer Gemeindeteil Gfenn, ein durch starkes Wachstum geprägtes Wohnquartier und entsprechendem Mehrverkehr, der über die Ein- und Ausfahrten der Überlandstrasse abgewickelt wird. Durch die chronischen Stausituationen beim Brüttiseller-Kreuz findet eine Umlagerung auf die Überlandstrasse statt und der Verkehr hat stark zugenommen. Auch die Erschliessung von Gfenn mit dem öV findet über diese Staatsstrasse statt. Die Ein- und Ausfahrten der Überlandstrasse sind für den Privatverkehr gefährlich und behindern den Busbetrieb. Eine Temporeduktion auf 60 km/h im Industriegebiet und im Gfenn oder bauliche Änderungen wurden bis jetzt vom Kanton abgelehnt. An der Gemeinderatssitzung vom 7. April 2003 lehnte das Dübendorfer Parlament ein stadträtliches Kreditbegehren von Fr. 541'000.- zur Erstellung eines Kreisels im Gfenn ab. Dies nicht zuletzt mit dem Argument, dass es primär Sache des Kantons sei, bauliche Massnahmen auf Staatsstrassen zu finanzieren.

Wir fragen den Regierungsrat an:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Situation auf der Überlandstrasse innerhalb von Dübendorf ein?
2. Welche Kriterien müssen erfüllt sein, damit der Kanton Sanierungen auf Staatstrassen einleitet?
3. Ist der Regierungsrat bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Höchstgeschwindigkeit in besiedeltem Gebiet mit Ein- und Ausfahrten auf 60 km/h beschränkt wird?
4. Ist der Regierungsrat bereit, entfernte Fussgänger- und Fahrradübergänge wieder einzuführen?
5. Ist der Regierungsrat bereit zu prüfen, mit welchen baulichen Massnahmen die Ein- und Ausfahrtsituation in Gfenn entschärft werden kann?
6. Was entgegnet der Regierungsrat der Aussage, der Kanton lasse sich bei den Staatsstrassen nicht dreinreden, verschiebe aber Baukosten zunehmend auf die Gemeinden?

Peter Anderegg
Rita Bernoulli